

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 32

~~Suggestion for protocol :~~

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member ~~Alternate~~

Artikel 32: Gemeinsame Grundsätze für die Rechtsakte der Union

(1) Wird die Art des Rechtsakts von der Verfassung nicht ausdrücklich vorgegeben, so ~~beschließen die Organe unter Einhaltung der geltenden Verfahren von Fall zu Fall nach dem in Artikel 8 genannten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, welche Art von Rechtsakt anzunehmen ist~~ *erfolgt die Auswahl unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.*

Werden die Organe mit einem Vorschlag für einen Rechtsakt befasst, so nehmen sie davon Abstand, Rechtsakte anzunehmen, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind.

(2) Europäische Gesetze, europäische Rahmengesetze, europäische Verordnungen und europäische Entscheidungen sind zu begründen und nehmen auf die in dieser Verfassung vorgesehenen Vorschläge ~~oder~~ *und* Stellungnahmen Bezug.

Explanation (if any) :

Absatz 1 Unterabsatz 1:

Natürlich ist die Verfassung einzuhalten ("unter Einhaltung der ... Verfahren") und natürlich nur, soweit sie in Kraft getreten ist ("geltenden"). Das Verhältnismäßigkeitsprinzip kann gar nicht anders erfüllt werden als durch eine Auswahl von Fall zu Fall. Der Wortlaut der Bestimmungen der neuen Verfassung sollte auf unnötige Sätze und Satzteile verzichten.

Absatz 1 Unterabsatz 2:

Diese Bestimmung ist Ausdruck eines allgemeinen Grundsatzes, der für alle Rechtsakte der Union und alle Organe gilt, und gehört dementsprechend in Art. 32 "Gemeinsame Grundsätze für die Rechtsakte der Union".

Absatz 2:

Absatz 2 gibt im Kern den Wortlaut des derzeitigen Art. 253 EGV wieder, der allerdings m.E. bereits in seiner deutschen Fassung einen redaktionellen Fehler enthält. Dem Wortlaut nach enthält die Bestimmung eine nicht gewollte Alternativität zwischen Vorschlägen und Stellungnahmen. In der Verfassung sollte dieser Fehler vermieden werden.